

Reiner Hoffmann / Peter Seideneck (Hg.)

DER LANGE WEG ZUR DEMOKRATIE

Von Berlin über Budapest
nach Prag und Danzig



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8012-0648-2

Copyright © 2023 by

Verlag J.H.W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag: Hermann Brandner, Köln

Umschlagfoto: Libor Hajsky (Prag, 22.8.1968),
© picture alliance/ASSOCIATED PRESS/Libor Hajsky

Satz: Rohtext, Bonn

Druck und Verarbeitung: CPI Books, Leck

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2023

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhalt

Vorwort der Herausgeber

Blick zurück. Nach vorn!

7

Ilko-Sascha Kowalczuk

**Für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Einheit –
Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953**

10

György Dalos

Arbeiterprotest in Ungarn 1956

62

György Dalos

Der kurze Prager Frühling von 1968

97

Jean-Yves Potel

**Kämpfe der Arbeiter in Polen von 1956 bis 1989
für Freiheit und Demokratie**

135

Die Autoren und Herausgeber

187

Vorwort der Herausgeber

Blick zurück. Nach vorn!

»Der lange Weg...« wurde auf Vorschlag des DGB gemeinsam mit der CFDT und dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut des EGB auf den Buch-Weg gebracht wurde – und im Rahmen des 50. Jahrestages des Europäischen Gewerkschaftsbundes auf Deutsch, Französisch und Englisch gleichzeitig publiziert.

Drei herausragende Historiker – György Dalos (Berlin, Budapest), Ilko-Sascha Kowalczyk (Berlin) und Jean-Yves Potel (Paris) haben vier Brennpunkte der europäischen Demokratiegeschichte und der Geschichte der europäischen Arbeiterbewegung bis zum Ende der 1980er Jahre analysiert.

Intention war es dabei nicht, historisch-literarische Denkmäler aufzustellen, sondern die Bedeutung dieser Ereignisse für die europäische Nachkriegsgeschichte und die Gewerkschaftsbewegung zu beleuchten. Sie wirken bis heute nach und sind Wegweiser für den schwierigen Prozess der Demokratisierung in ganz Europa, der von Hoffnungen, aber auch von erheblichen Rückschlägen geprägt ist – auch in Ländern, die mittlerweile der Europäischen Union angehören, und in manchen Ländern, die sich auf den Weg in die EU begeben haben.

Die Spaltung Europas in Ost und West war ein Resultat des Zweiten Weltkriegs, und damit ging einher die Hegemonie der imperialistisch agierenden Sowjetunion über die Länder Osteuropas. Die Menschen in Osteuropa zahlten für das Ende von Weltkrieg und nationalsozialistischer Diktatur einen hohen Preis.

Pluralismus, bürgerliche Freiheiten wie freie Meinungsäußerung und Pressefreiheit oder unabhängige Gewerkschaften – nicht sie folgten, sondern »Volksdemokratie« und »Partei der Arbeiterklasse« – propagandistische Verschleierungen für ein erneutes totalitäres System. Dessen Kommandozentrale befand sich in Moskau. Insbesondere in der DDR konnte kaum ein Schritt vor den nächsten gesetzt werden, ohne dass der »Große Bruder« sein Einverständnis gab. Unmittelbar nach Kriegsende hatte in der sowjetischen Besatzungszone die »Gruppe Ulbricht« diesen Weg vorgeben. Sie bestand

aus deutschen Kommunisten, die unter dem Dach der Komintern im sowjetischen Exil gewesen waren und die Säuberungen des Stalinismus überlebt hatten – durch Gehorsam und »Linientreue«. Diejenigen Kommunisten, die der Parteilinie nicht folgen wollten, waren liquidiert oder verbannt worden, manche auch nach Nazi-Deutschland »exportiert«.

Wie wenig dieses System in den Bevölkerungen einzelner Ostblockstaaten verankert war, zeigte sich 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in der Tschechoslowakei und seit Anfang der 80er Jahre in Polen.

In Ungarn wurden Arbeiterräte gegründet, und in der ČSSR entstand die Hoffnung auf einen »Sozialismus mit menschlichem Antlitz«. Intellektuelle verbündeten sich mit der Arbeiterklasse, und die Mehrheit der Bevölkerung stand an der Seite der Reformen und der Aufständischen – auch in der DDR im Juli 1953. Hier fehlte den Reformern allerdings die Luft zum Atmen. In den Gewerkschaften Ungarns und der Tschechoslowakei schlossen sich relevante Kräfte den Reformern an.

Der Frühling währte allerdings jeweils nur kurz. Die sowjetische Vormacht in Osteuropa war bedroht. Die sowjetische Propaganda strapazierte das übliche Narrativ: Es handele sich um eine Verschwörung des US-Imperialismus mit seinen westeuropäischen Handlangern. Faschismus ante portas. Panzer rollten für den Sieg der Roten Armee über Volk und Demokratie.

Polen ist ein bemerkenswerter Sonderfall. Mit »Solidarność« entstand 1980 in Gdansk die erste freie und unabhängige Gewerkschaft im »sozialistischen« Lager, mit einer großen Reichweite und tiefen Verankerung in der polnischen Gesellschaft – eine pluralistische und demokratische »Volksfront«. Der unter dem Druck der Sowjets verhängte »Kriegszustand« 1981 bewahrte das Land vor einer sowjetischen Invasion, war aber alles andere als das Ende von »Solidarność«. Sie überlebte im Untergrund nicht nur, sondern blühte auf – auch mit Unterstützung der in Polen sehr starken katholischen Kirche, was von Teilen der laizistischen Linken in Westeuropa gelegentlich mit Skepsis betrachtet wurde. So entstand der »Runde Tisch« 1989 nach fast zehn Jahren produktiver Illegalität, und aus der Volksdemokratie wurde Demokratie. »Solidarność« gewann die Wahlen. Lech Wałęsa wurde Präsident und Friedensnobelpreisträger und »Solidarność« wurde wieder eine Gewerkschaft. Als politische Bewegung konnte sie nicht überleben.

Die Sowjetunion war politisch, ökonomisch und moralisch bankrott. Auch Gorbatschows Konzept von »Glasnost und Perestroika« kam für ihr Über-

leben zu spät. Das Ende der sowjetischen Vorherrschaft über Osteuropa war der Beginn der Wiedervereinigung Europas in der Europäischen Union, aber auch des Europäischen Gewerkschaftsbundes. Und nun begibt sich Putin auf den alten Weg und führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine als einen ersten Schritt zur Rekonstruktion der imperialen Macht mit dem Segen der orthodoxen Kirche Russlands.

Europa steht vor neuen Herausforderungen. Die Wiederkehr nationalistischer Ideologien (auch in West- und Südeuropa), das Konzept einer »il-liberalen Demokratie« (Ungarn), die Schwächung der Rechtsstaatlichkeit (Polen) und der Versuch, das Konzept der europäischen Integration, zu dem auch supranationale Regelungen gehören, zu unterlaufen, sind eine Gefahr für die politische Kohäsion Europas. Dem zu widerstehen, ist unsere gemeinsame Aufgabe. Hier bei uns und in Europa gesamt. Genau das ist auch das Vermächtnis der Männer und Frauen, die sich dem Totalitarismus widersetzt haben. Wer sicher nach vorne fahren will, der muss in den Rückspiegel schauen. Auf die Ereignisse in Berlin, Budapest, Prag und Gdansk. Das hilft und das verpflichtet.

Reiner Hoffmann und Peter Seideneck

Für soziale Gerechtigkeit, Freiheit und Einheit – Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953

Nichts kann den Schock, der die Herrschenden der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) 1953 überfiel, besser verdeutlichen als ein berühmter Wortwechsel vom 31. August 1989. An diesem Tag traf sich die Generalität des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in den Diensträumen in Ost-Berlin zu einer turnusmäßigen Dienstbesprechung bei Minister Erich Mielke. Es ging um die politische Lage in der DDR. Die Agonie des Systems war nicht mehr zu übersehen. Die MfS-Spitze zeigte sich besorgt. Bezeichnenderweise fragte Mielke: »Ist es so, dass Morgen der 17. Juni ausbricht?« Der Leiter der MfS-Bezirksverwaltung Gera, Oberst Dieter Dangrieß, beruhigte seinen Minister: »Der ist Morgen nicht, der wird nicht stattfinden, dafür sind wir ja auch da.«¹

Vom 9. bis zum 12. Juli 1952 fand die 2. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) statt. Am ersten Tagungstag hielt Walter Ulbricht, der mächtigste SED-Funktionär zwischen 1946 und 1971, eine sechsstündige Grundsatzrede. Unter frenetischem Beifall und Hochrufen rief Ulbricht die historisch gewordenen Worte in die tobende Halle hinein: »In Übereinstimmung mit den Vorschlägen aus der Arbeiterklasse, aus der werktätigen Bauernschaft und aus anderen Kreisen der Werktätigen, hat das Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands beschlossen, der 2. Parteikonferenz vorzuschlagen, dass in der Deutschen Demokratischen Republik der Sozialismus planmäßig aufgebaut wird.«² Hinter diesem Satz verbarg sich nichts weniger als der nunmehr offensiv betriebene Aufbau des Kommunismus in der DDR. Ulbricht versicherte allen Anwesen-

1 Zit. nach: Armin Mitter, Wolle, Stefan (Hrsg.): »Ich liebe euch doch alle«. Befehle und Lageberichte des MfS Januar-November 1989, Berlin 1990, S. 125.

2 Protokoll der Verhandlungen der II. Parteikonferenz der SED. 9. bis 12. Juli 1952 in der Werner-Seelenbinder-Halle zu Berlin. Berlin 1952, S. 58.

den in seinem Schlusswort drei Tage später: »Wir werden siegen, weil uns der große Stalin führt!«³

Die SED-Führung hatte die DDR von Anfang an nach sowjetischen Vorgaben und Mustern geformt und geleitet. Sie hatte aber aus taktischen Gründen vermieden, vom Aufbau des Sozialismus zu sprechen. Mit der Verkündung des Beschlusses zum Aufbau des Sozialismus machte die SED-Führung deutlich, dass eine Wiedervereinigung Deutschlands nur denkbar sei, wenn ein sozialistisches Gesamtdeutschland entstehen würde. Die Wiedergewinnung staatlicher Souveränität im Rahmen der westeuropäischen Integration durch die Bundesrepublik, die mit dem Deutschlandvertrag und der Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Mai 1952 politische Realität geworden war, hatte die SED-Führung in Zugzwang versetzt und trieb sie dazu, ihre Zukunftsvorstellungen von einer kommunistischen Gesellschaft zu zementieren. Es sollten Entwicklungen beschleunigt und unumkehrbar gemacht werden, die bereits vor der Parteikonferenz in Gang gesetzt worden waren. Dazu zählten etwa der Ausbau des Grenzregimes an der innerdeutschen Grenze, der Aufbau von bewaffneten Streitkräften, die Vorbereitungen für eine groß angelegte Verwaltungsreform, die Reorganisierung der Ministerien, die weitere Formierung der zentralgeleiteten Industrie, der weitere Umbau des Rechtswesens, die allgemeine Militarisierung der Gesellschaft, die Fortführung der Hochschulreform und anderes mehr. Zugleich forcierte die SED-Führung den Sowjetisierungsprozess der Gesellschaft. Dazu gehörten zum Beispiel die geplante Kollektivierung der Landwirtschaft, die Verschärfung der Auseinandersetzung mit den Kirchen oder der Kampf gegen selbstständige Unternehmer, Handwerker und Gewerbetreibende. Die SED-Führung hatte in Konsultationen mit der Moskauer Führung diesen neuen Kurs besprochen und schließlich am 2. Juli 1952 einen Brief an Stalin gerichtet, in dem sie ihn um Zustimmung für die Beschlüsse bat. Er segnete ab.

Die 2. Parteikonferenz rückte die Förderung der Schwerindustrie in den Mittelpunkt. Folge dieser Politik waren weitere Engpässe in der Versorgung der Bevölkerung. Zwar gelang es unter Mühen bis 1953, die zerrüttete Wirtschaft wiederaufzubauen. Die Entwicklung der Konsumgüterindustrie blieb jedoch zurück. Trotz vieler Versprechungen der SED-Führung war der Lebensstandard niedrig. Fett, Fleisch und Zucker mussten rationiert werden,

3 Ebenda, S. 464.

die Lebensmittel- und Energiezuweisungen (Kartensystem) waren sehr knapp bemessen, viele Güter waren Mangelware, die Qualität ließ oft zu wünschen übrig. Die hohen Preise in den HO-Läden erwiesen sich für die meisten Arbeiter als unerschwinglich. Das Durchschnittseinkommen betrug 1952 308 Mark. In den HO-Läden kosteten ein Kilo Zucker 12 Mark, ein Kilo Butter 24 Mark oder ein Kilo Schweinefleisch 15 Mark. Außerdem belasteten eine noch immer zerrüttete Infrastruktur, Stromsperrern, schlechte Wasserqualität und Rationierungen den Alltag.

Am 2. Oktober 1952 verabschiedete die Volkskammer verschiedene Gesetze. Im Gerichtsverfassungsgesetz hieß es im § 2: »Die Rechtsprechung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik dient dem Aufbau des Sozialismus, der Einheit Deutschlands und dem Frieden.« Die neue Strafprozessordnung legte fest, »örtlich zuständig ist auch das Gericht, in dessen Bereich der Beschuldigte auf Anordnung eines staatlichen Organs untergebracht ist«. Diese Festlegung räumte dem MfS die Möglichkeit ein, Gericht oder Richter nach ihrer politischen »Zuverlässigkeit« auszuwählen. Für die Justizpraxis noch bedeutender war das »Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums«. Dieses Gesetz prägten erziehungsdiktatorische Merkmale. Es sollte mit staatsterroristischen Mitteln den Menschen die neue sozialistische Eigentumsmoral eingeschärft werden. Innerhalb weniger Wochen verurteilten die Richter entsprechend diesen gesetzlichen Vorgaben über 10.000 Menschen, zumeist Arbeiter, zu hohen Zuchthausstrafen.

Eng mit den Justizorganen arbeitete das Ministerium für Staatssicherheit zusammen. Anfangs (Ende 1949) arbeiteten hier etwa 1.100 Mitarbeiter vorwiegend in den Länderverwaltungen für Staatssicherheit. Der Mitarbeiterstamm vervierfachte sich binnen zwei Jahren auf rund 4.500 (Ende 1951) und wuchs anschließend innerhalb eines Jahres auf mehr als das Doppelte an, auf etwa 10.700 Mitarbeiter. Die Stasi agierte in diesem Zeitraum als verlängerter Arm der sowjetischen Geheimpolizei.

Nach der 2. Parteikonferenz verschärften sich die Steuerpolitik und die Praxis beim Eintreiben von Steuer- und Ablieferungsschulden, unter denen vor allem Bauern und die Mittelschichten zu leiden hatten. Die SED-Führung versuchte so, mit den ökonomischen und Konsumproblemen fertig zu werden. Für ihre Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik benötigte sie finanzielle Mittel. Vor allem die Mittelschichten, so sahen es die SED-Planungen